

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Gegründet

1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurzzeitel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard Vennart, Redakteur (im. Ass. d. Handeltreib.) Carl Misch, Berlin, Damer. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlags-Redaktion Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 2600-2605, für den Parverkerker Amt Dönhofs 2606-2608. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postschekkonto: Berlin 860.

Schacht zurückgetreten Demonstration gegen Haager Beschlüsse / Panik an der Börse

Berlin, 7. März. (W.Z.S.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab dem Zentralauschuh bekannt, daß er die erforderlichen Schritte getan habe, um eine vorzeitige Beendigung seines Dienstvertrages herbeizuführen. Der Grund zu diesem Entschluß liegt in seiner Auffassung vom Haager Schlussprotokoll. Dr. Schacht wird jedenfalls solange im Amte verbleiben, bis über die Wahl eines Nachfolgers Entscheidung getroffen werden kann.

Der überraschende Entschluß Schachts stellt im Zusammenhang mit der heutigen Sitzung des Zentralauschusses der Reichsbank, die sich zur größten Überraschung aller Beteiligten abspielte. Wenn auch am Schluß dieser Sitzung nur ein laienhaftes Kommuniqué über die heutige Ermäßigung des Reichsbankzins ausgegeben wurde, so verleiht es doch bereits, daß in der ausgedehnten Besprechung mit dem Zentralauschuh sich schwerwiegende Divergenzen zwischen den Vertretern der Bank und dem Reichs-

bankpräsidenten Dr. Schacht ergeben haben. Es scheint, daß nur allein die hohe letzte Beschlüsse im Hinblick der Diskussion Widerspruch herausgefordert hat.

Während in politischen Kreisen der Wiedereintritt Schachts, der endlich seinen Dienstvertragsvertrag ein Ende macht, begrüßt wird, entstand an der Börse eine Panikstimmung. Kursstürze um 10 u. S. und mehr bildeten die Regel.

Indiens passiver Widerstand

Gandhi schreibt an den Vizekönig

Wenn nicht noch eine unvorhergesehene Wendung im indischen Konflikt eintritt, wird der passive Widerstand am 12. März beginnen. Gandhi wird an diesem Tage mit einer Reihe seiner Anhänger von Ahmedabad aufbrechen und den Propagandafeldzug beginnen.

In einem ultimativ gehaltenen Brief an den Vizekönig — in dem er ihn übrigens mit „Mein Freund!“ anredet — erklärt Gandhi, er beschäme sich, am Tage des Abschlusses der von ihm gehaltenen Freist mit allen Mitarbeitern seiner Sache, die bereit seien, ihn Gefolgschaft zu leisten, in die Dienstpflicht hinauszuweisen, um einen großen Kampf gegen die Sultane einzuleiten. Die Sultane sei eine Steuer, die immer auf den Armen laste und die deshalb nie die Befreiung bringen könnten. „Ich halte die britische Herrschaft für einen Fluch“, so erklärt Gandhi, „aber ich beschäme mich nicht, einem einzigen Engländer oder irgendeinem bedrängten Indier, das er in Indien haben mag, Schaden zuzufügen.“ Es ist klar, daß von den lebenden britischen Staatsmännern eine Abwendung der britischen Politik, die dem britischen Handel in Indien nachteilig sein würde, oder die eine unpopuläre und genaue Prüfung des wirtschaftlichen

Austauschverhältnisses zwischen beiden Ländern zur Voraussetzung haben würde, unter keinen Umständen zugelassen würde. Wenn aber nicht solche, um der gegenwärtigen Ausbeutung Indiens ein Ende zu machen, dann werden folgende drei Schritte in Betrachtung kommen: 1. Die Ausbeutung Indiens durch die Briten zu beenden. 2. Die Briten zu beenden. 3. Die Briten zu beenden.

Gandhi erklärt dann, daß insofern diese Umstände die Rechte des indischen Nationalismus, die für passiven Widerstand eintreten, immer mehr zerrinnen gewinnen und immer mehr hervor treten. Dies mag es ihm zur Pflicht, für seine Person nicht länger mehr eine abmahnende Haltung zu beobachten, da er einen unerschütterlichen Glauben an die von ihm verfolgte Kampfmethode, die auf dem Verzicht auf alle Anwendung von Gewalt beruhe. Seine Aktion solle ihren Ausdruck in der Verweigerung der staatsbürgerlichen Pflichten finden, zunächst solle sich die Aktion auf die Befreiung des von Gandhi geleiteten Provinzialkongresses, der sich dem Befehl des Vizekönigs widersetzen und sich dann von diesem fern aus auf alle Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung ausbreiten.

Der Vizekönig hat auf den bekannten Brief Gandhis mit einem kurzen Schreiben geantwortet, in dem er lediglich mit Bedauern feststellt, daß Gandhi eine Aktion plane, die ganz ungewiss sei, auf eine Verletzung der Gesetze und eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe hinauslaufen müsse.

Bordeaux von der Flut bedroht

Paris, 7. März | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Regierung hat ersten Vorbehalt für die Überflutungen von 30 auf 100 Millionen erhöht. Der Gesamtschaden wird von der Pariser Presse auf mindestens zwei Milliarden geschätzt. Zahlreiche Wohlhabendsten sind in die gefährlichsten Stände haben Einmengen für die Betroffenen eingekauft. Am nächsten Sonntag fol ein besonderer Sammelzug in ganz Frankreich abgehalten werden.

Die Fluten haben sich nunmehr nach den neuesten Nachrichten dem Unterlauf der Garonne genähert. In Bordeaux selbst ist der Wasserstand um 1½ Meter gestiegen. Obwohl die Bevölkerung vorzeitig gewarnt worden war, sind in verschiedenen Vorstädten Schwebelager zu erkennen. Amnestisch auf der Insel St. Georges oberhalb von Bordeaux versuchten sich die Einwohner, ihre Häuser im Stich zu lassen. Sie mußten nach dem Eintritt der Flut durch Schwebelager und Holzboote gerettet werden. Dabei ertranken sieben Personen.

Abseits der Winterarbeiten sind in den letzten Tagen mit größter Eile, die Fluglinien durch Sandstürme zu verheilen. Man glaubt daher, daß für Bordeaux keine unmittelbare Gefahr zu befürchten ist. Inzwischen mußten schon jetzt zahlreiche Besorntinten der Straßenbahnen ihren Betrieb einstellen.

Verfassungsstagung des Warschauer Sejms

Warschau, 7. März | Ullstein-Nachrichtendienst

Es verlautet, daß der Staatspräsident zur Einberufung der Verfassungsstages nach dem Ablauf der Budget-Session eine besondere Sitzung des Parlamentes einberufen wird, in der dann auch der Einberufungsbeschluss und der Sonderbeschluss mit demselben Inhalt ohne andere wirtschaftspolitische Vorlagen zur Beratung kommen würden. Dies immer, hält Plüschitz seine Absichten aber zunächst im Dunkel.

Das Abkommen mit Polen Zweite Beratung im Reichstag

In Reichstag wurde heute die Beratung der Young-Gesetze fortgesetzt.

Die Regierungsparteien haben folgende Entschließung im Reichstag eingebracht: „Die Lage der deutschen Wirtschaft in Polen gibt nach wie vor zu schwerer Beforgnis Anlaß. Da eine wirksame Befriedigung Europas nur durch ein, wenn das international festgelegte Mindestverhältnis in vollem Umfang tatsächliche Leistung hat, erwartet der Reichstag, daß die deutsche Reichsregierung in Erfüllung der dem Reich als Mitgarant des internationalen Mindestverhältnisses obliegenden Verpflichtungen alle völlerrechtlich notwendigen Mittel zur Anwendung bringt, um den Mindestverhältnis Recht und Freiheit zu sichern.“

Abg. Freiherr v. Oberstein (D. S.) erbat den Ausschußbericht über das Liquidationsabkommen mit Polen und sprach dann als Fraktionstribüne zu dem gleichen Thema.

Die Deutsche Volkspartei, so teilte er mit, nicht einheitlich ihre Stimme zum Liquidationsabkommen abgeben. Er sei für die Überzeugung, daß nach der Entscheidung unserer Außenpolitik in den Jahren 1923 bis 1929 nicht mehr zu erreichen sei, als der Vertrag bringe.

Das Liquidationsabkommen sei die erste praktische Möglichkeit, der deutschen Wirtschaft in Polen zu helfen. In einem ähnlichen Sinne wird niemand von uns seine Zustimmung geben wollen. Alles Gerade darüber ist mir nicht nur Demagogie; aber die Fortführung der bisherigen deutschen Mindestverhältnispolitik ist das beste Mittel zur Befriedigung in Polen.

Die Abrechnung des Wirtschaftsverkehrs mit Polen gehört in den Gesamtkomplex der deutsch-polnischen Beziehungen hinein. Gemäß darf die Handelsfreiheit dabei keinen Schaden leiden, aber im Interesse der Industrie liegt eine solche Abrechnung. Die Wirtschaftlichkeit in Deutschland ist wichtig. Durch eine deutsch-polnischen Handelsvereinbarung wird erreicht, daß neue Kaufleute von Arbeitern auf die Straße gesetzt werden.

Zum Schluß betonte der Redner, daß kein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei dem deutsch-polnischen Abkommen zustimmen würde, wenn er die Überzeugung hätte, daß die geäußerten Befürchtungen über die Wirtschaft in der Ostfrage ein Förderung erfordern.

Warschau, 7. März | Ullstein-Nachrichtendienst

Ein Teil der Warschauer Presse nennt heute kritisch die Verhandlung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen bereits genaugen Bisher für die Einberufung, die das Deutsche Reich der polnischen Rohstoffeinfuhr und der polnischen Schweißeneinfuhr in dem Abkommen gewährt. Angeblich sind 320 000 Tonnen polnischer Rohstoffeinfuhr monatlich ausgedehnt worden. Als Röntgen für die Schweißeneinfuhr sollen für das erste Jahr 200 000 Doppelzentner, für das zweite Jahr 275 000 und für das dritte Jahr 350 000 Doppelzentner festgelegt worden sein.

Eine offizielle Behauptung für die Ziffern liegt bisher nicht vor, doch dürften bei den Zeitungen mindestens sehr nahe kommen. Das Rohstoffkontingent ist bekanntlich nur als Maximum für das feste Angebot polnischer Exportware auf dem deutschen Markt gedacht, während das Schweißekontingent fest abgepflichtet werden soll.

Die „Bresselorden“ uneinig

London, 7. März | Ullstein-Nachrichtendienst

Radwains Antikontingent, das es, wenn ein Wirtschaftskontingent das Empirie zu befähigen und er wieder zur Macht gelangen sollte, eine englische Rohstoffkontingent, über die Einführung von Eisenmännern veranlassen wollte, hat die neue englische Wirtschaftspolitik bereits vollständig durchfallen. Lord Beaverbrook und seine Mitarbeiter erklären sich für Radwains „Antekontingent“ völlig befriedigt. Es betonen, daß es nicht mehr notwendig sei, unabhängige konservative Kandidaten gegen die parteilichen Kandidaten bei der nächsten Wahl aufzustellen.

Dagegen erklären die „Evening News“, das Blatt Rothemerees, daß das Antekontingent Radwains nun an sich einen Fortschritt darstellt, daß aber die neue Partei ihre Zeitfrist fortsetzen müßte, um Erfolge in der Staatsverwaltung und eine unabhängige Haltung gegenüber den Radwains zu zeigen.

Die Rothemerees partei, daß daher ihre Agitation zugunsten der neuen Partei und gegen die amtliche konservative Politik nicht eingestellt.